

Zeitschrift:	Bündner Monatsblatt : Zeitschrift für Bündner Geschichte, Landeskunde und Baukultur
Herausgeber:	Verein für Bündner Kulturforschung
Band:	- (2010)
Heft:	2
Artikel:	Das Elend der jungen Republik : Vorarlberg im November/Dezember 1918
Autor:	Wanner, Gerhard
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-398948

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das Elend der jungen Republik – Vorarlberg im November/Dezember 1918

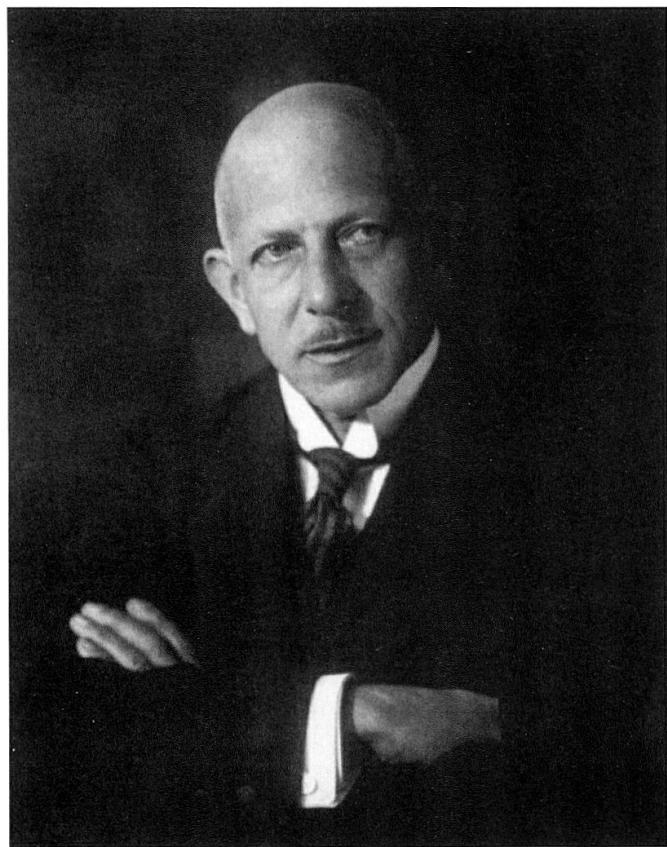
Gerhard Wanner

Endlich von Tirol losgelöst

Im Jahr 1814 kehrte Vorarlberg aus der bayrischen Herrschaft (seit 1805) wiederum nach Österreich zurück. 1816 wurde ein Landtag mit einer Ständeverfassung gewählt, doch dieser trat nie in Funktion, und Vorarlbergs Verwaltung wurde dem Gubernium in Innsbruck unterstellt. Erst 1861 erhielt das Land eine «autonome» Landesverwaltung mit einem Landtag und einer Landesregierung, deren Tätigkeiten sich jedoch überwiegend auf wirtschaftliche Bereiche beschränkten. Für die staatliche Hoheitsverwaltung war jedoch die k. k. Statthalterei in Innsbruck zuständig. Vorarlberg war somit bis 1918, dem Ende der Monarchie, nicht etwa wie Tirol ein Kronland, sondern ein halbautonomer Verwaltungsverband. Die Bestrebungen der christlichsozialen Landtagsmehrheitspartei gingen daher seit 1871 in Richtung auf eine Gleichstellung mit Tirol bzw. die Unabhängigkeit und Selbstständigkeit gegenüber dem Nachbarn.

Entscheidend für die Erfüllung dieses Vorarlberger Wunsches war wohl der Beschluss der provisorischen österreichischen Nationalversammlung am 30. Oktober 1918, eine erste deutschösterreichische Regierung zu bilden. Am 3. November, dem Tag des Waffenstillstandes zwischen Österreich-Ungarn und der Entente, erklärte Vorarlberg seine Selbstständigkeit. Durch diesen «revolutionären» Akt löste es sich von Tirol, übernahm eine Landesregierung die Verwaltung, und ein Landtag (Parlament) erhielt die volle gesetzgebende Gewalt. Wesentlich für die Zukunft war es, dass sich Vorarlberg unter der Führung des Landeshauptmannes Dr. Otto Ender als erstes österreichisches Territorium, wenn auch nur «provisorisch», für einen Zusammenschluss mit dem «deutschösterreichischen» Staat aussprach.

Die zwei ersten Hauptmassnahmen der Landesregierung galten der Aufrechterhaltung von «Ruhe und Ordnung» und der Sicherstellung der «Ernährung unseres Volkes». (1. La, 3.11.18) Alle Behörden und Ämter (auch die Bezirkshauptmannschaften) führten ihre Geschäfte weiter wie bisher, waren jedoch, wie das Militär und die Polizei, von nun an der Landesregierung unter-



Dr. Otto Ender
(1875–1960) Landeshauptmann von Vorarlberg, Österreichischer Bundeskanzler und Verfassungsminister.

stellt. Vorarlberg war somit faktisch ein souveräner Staat. Post-, Telegrafен- und Eisenbahnangelegenheiten wollte man jedoch wie bisher gemeinsam mit Tirol regeln.

Im neuen Landtag waren drei Parteien vertreten: die Christlich-sozialen mit 19 Mandatären, die Deutschfreisinnigen (Grossdeutsche) mit sechs und die Sozialdemokraten mit vier. Letztere waren in Vorarlberg erstmals in Regierung und Parlament vertreten. Die numerische Zusammensetzung des provisorischen Landtages beruhte jedoch auf dem Reichsratswahlergebnis von 1911 (kein Frauenwahlrecht), noch aus Zeiten der Monarchie. Frauen erhielten erst seit dem November 1918 das aktive und passive Wahlrecht.

Eine Volkswehr für den «Staat» Vorarlberg

In der Selbstständigkeitserklärung Vorarlbergs am 3. November 1918 wurde auf die Erhaltung von «Ordnung und Ruhe» grossen Wert gelegt. Daher erfolgte gleichzeitig der Aufruf zur Schaffung einer «Volkswehr». Da Vorarlberg nun auch die höchste exekutive Gewalt besass, verstand die gegründete Volkswehr der Landesregierung und als letzter Instanz dem Landeshauptmann Dr. Otto Ender und seinem «Wehrausschuss».

Die Aufstellung der Volkswehr wurde damit begründet, dass man vor allem die Grenze zu Tirol vor zurückströmenden, plünderten österreichischen Soldaten schützen müsse und sich das alte staatliche Grenzschutzkommando und die Grenzkontrollstellen zur Schweiz und zu Deutschland aufgelöst hatten. Die Volkswehrleute führten Passkontrollen durch und versuchten den Schmuggel zu unterbinden. Außerdem wurden Lebensmittel-lager und Brücken bewacht und die zahlreichen Transporte von Kriegsheimkehrern betreut. (Volaučník 1985, 150 f)

Im Dezember 1918 wurden wiederum staatliche Grenzorgane und Finanzbehörden eingeführt, für welche die Volkswehr nun «Hilfsdienste» leistete. (3. La, 36)

Trotz der anfänglich zahlreichen Aufgaben ergab sich bald das Problem, dass die Volkswehr, in welche jedermann freiwillig ein- aber auch austreten konnte und die eine überaus willkommene Verdienstquelle war, zu viel Personal aufwies. Die Kosten für die 800–900 Männer betrugen im Dezember 1918 für das Land über eine halbe Million Kronen. Die Landesregierung schritt daher zum Personalabbau. Nun fanden nur noch «Vorarlberger» Aufnahme, oder Männer, die sich seit mindest zehn Jahren in Vorarlberg aufgehalten hatten. Mittellosigkeit und ein absolviert Kriegsdienst waren weitere Kriterien für eine Aufnahme. (3. La. 36 f / Volaučník 1985, 158)

Eine neue Grenze zu Liechtenstein

Das Fürstentum Liechtenstein gehörte damals zwar noch zum österreichischen Zollverband, erklärte sich aber während des Ersten Weltkrieges formal als neutral. Die Grenzen zu Vorarlberg blieben jedoch offen. Dass es im Landtag des Fürstentums Ende Oktober 1918 zu Bestrebungen kam, welche eine verstärkte Mitsprache des Landtages zum Ziele hatten, registrierte man in Vorarlberg so wenig wie die Vorfälle am 8. November, als der aus Österreich stammende Landesverweser, Baron Leopold Imhof, ohne Zustimmung des Fürsten demissionierte und die Geschäfte einem provisorischen Vollzugsausschuss übergab. In Vorarlberg war man so sehr mit den eigenen Problemen beschäftigt, dass Liechtenstein völlige Nebensache war. Dieses trat erst wieder ins Rampenlicht, als Anfang Dezember 1918 österreichische Finanzbeamte an der bislang offenen Grenze südlich von Feldkirch Passkontrollen und Leibesvisitationen durchzuführen begannen, ohne dass diese angekündigt worden waren. Sie sollten vorerst

auf Anordnung der Vorarlberger Landesregierung bis Jahresende in Geltung bleiben und vor allem den über Liechtenstein führenden, blühenden Schmuggel mit der Schweiz verhindern. (Wanner 1973, 79 / FA, 11.12.18)

Grenzsperrungen zur Schweiz

Nachdem der Erste Weltkrieg ausgebrochen war, kam es zu einschneidenden Veränderungen in den bisherigen Beziehungen zwischen Vorarlberg und der Schweiz. Die guten lokalen, vor allem wirtschaftlichen Kontakte wurden durch die Grenzsperrmassnahmen Österreichs und der Schweiz stark eingeschränkt und seit 1917 auf ein Minimum reduziert. Dies traf vor allem die Vorarlberger Bewohner der Rheintalgemeinden, ihre von der Schweiz fast völlig abhängige Stickereiindustrie, den kleinen Grenzverkehr zur Beschaffung von dringend benötigten Nahrungsmitteln für die hungernde Bevölkerung und die Tagesberufspendler über den Rhein in den Kanton St. Gallen. Im Frühsommer 1918 verschärfte sich die Situation zusätzlich, als in der Schweiz die äusserst ansteckende und gefährliche «Spanische Grippe» ausbrach und nach Vorarlberg eingeschleppt wurde. (Wanner 1999, 9–33)

Nach der Vorarlberger Selbstständigkeitserklärung vom 3. November 1918 kam es zu einigen Erleichterungen im Grenzverkehr. Da man nur mit einem Pass die Grenze überschreiten konnte, errichteten die Schweizer noch vor Mitte November eine eigene Passstelle in Feldkirch. (VV, 19.11.18) In Vorarlberg übernahmen die politischen Behörden die Funktionen der Grenzpolizei und des Passwesens und regelten auch den Grenzverkehr. Es ging vor allem darum, die Ausfuhr von Kronen und Silbergeld in die Schweiz zu verhindern und «unlautere» Personen abzufangen. Der Verkehr über die Rheinbrücken war nur Vorarlbergern und Schweizer Grenzbewohnern mit Pässen oder Passierscheinen gestattet. Der Fernverkehr auf den Eisenbahnstrecken Feldkirch–Buchs und Bregenz–St. Margrethen war jedoch nicht unterbrochen. (2. La, 8 und 3. La, 35 f)

Weltrevolution aus der Schweiz?

Es gab für die Vorarlberger Landesregierung aber noch einen weiteren Grund, die Grenze zur Schweiz aufmerksam überwachen zu lassen: Die Vorarlberger Presse berichtete ausführlich über die

bedenklichen innenpolitischen Vorgänge im benachbarten Zürich, wo es trotz Versammlungsverbot zu Ausschreitungen und Demonstrationen sozialistischer Arbeiter gekommen war, die nur unter Einsatz von Militär niedergehalten werden konnten. Am 12. November 1918 berichtete das «Vorarlberger Volksblatt», in der Eidgenossenschaft seien, verursacht durch «*zweifelhafte Landfremde [...] Revolution und Anarchie russischer Art*» ausgetreten. Es sollte von der Schweiz aus die «Weltrevolution» eingeleitet werden, Bern befürchte einen Putsch. «*Als Herd der modernen Staatskrankheiten darf die Schweiz angesehen werden, von der aus dunkle Mächte einen Weltumsturz einleiten wollen. Bewahre uns Gott vor Blutvergiessen, Elend und Not.*» Und fast schon prophetisch hiess es weiter: «*Heute schon darf gesagt werden, dass das Kriegs- und Revolutionsjahr 1918 in der Nachwelt und der Geschichte dieselbe Rolle spielen wird wie in unserem Urteil das Jahr 1848.*» (VV, 12.11.18) Am 16. November gratulierte die Zeitung «Volksfreund» dem Schweizer Bundesrat, dass dieser den «anarchischen Bestrebungen» der streikenden Arbeiterschaft ein militärisches Ende gesetzt habe, von denen sich übrigens die Schweizer Sozialdemokraten distanziert hätten. Alles gehe nur auf das Konto «*zweifelhafter Landfremder*» (gemeint war Lenin), die in der Schweiz während des Krieges Zuflucht gefunden hätten. (VVF, 16.11.18)

Wie sehr man in Vorarlberg die Vorgänge in der Schweiz fürchtete, beweist auch ein Leitartikel im christlichsozialen «Volksblatt»: «*Die Entwicklung der Schweizer Ereignisse in der letzten Woche war für uns Vorarlberger bedeutungsvoller als alle Vorgänge in Wien oder Berlin. Wir freuen uns aufrichtig über das Schweizer Bekenntnis zum Ordnungsstaat und beglückwünschen die liebenswerten Nachbarn und Eidgenossen, das wackere Volk der Hirten allerwärmstens zum Erfolg, der sie zu einer Oase des Rechtes in der Wüste des allgemeinen Umsturzes macht.*» (VV, 20.11.18)

Der italienische Einmarsch abgewendet

Die einseitige Loslösung Vorarlbergs von Tirol und von der dortigen Landesstatthalterei in Innsbruck hatte weder in Vorarlberg noch in Tirol zu öffentlichen Reaktionen geführt. Was man in Vorarlberg jedoch genauestens beobachtete, das waren die militärischen Verhältnisse in Südtirol, da der Waffenstillstand vom 4. November 1918 zwischen Österreich und Italien eine militä-

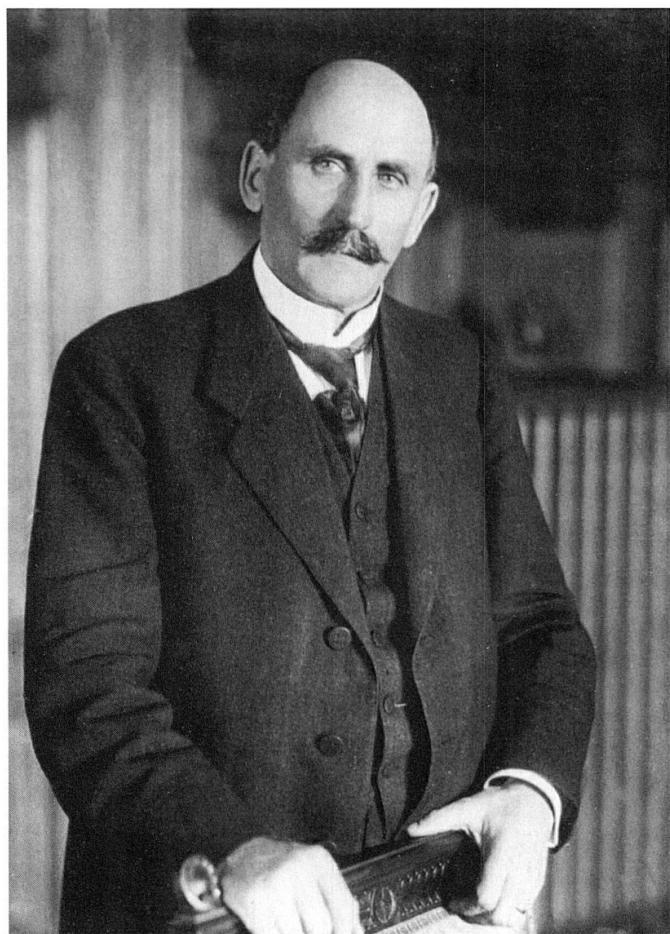
rische Katastrophe ausgelöst hatte: Tausende von Vorarlberger Soldaten gerieten in italienische Gefangenschaft, wertvollste Armeestände wurden aufgegeben, geplündert oder von den nachrückenden Italienern requiriert. In Tirol herrschten Willkür und Chaos. (VV, 7.11.18)

Die Situation verschärfte sich für Vorarlberg, als die bayrische Regierung zur Sicherung ihrer nun ungeschützten Südgrenze am 5. November Truppen nach Tirol aber auch an die Nordgrenze Vorarlbergs entsandte. (Rainer, 78) Es bestand damit die Gefahr, dass Vorarlberg zum Kriegsschauplatz werden konnte. Aber schon am 10. November kam die Entwarnung; die bayrischen Truppen zogen von Vorarlbergs Nordgrenze ab. Dies war auch deswegen von grösster Bedeutung, weil sich die Alliierten weigerten, Vorarlberg über die Schweiz mit Nahrungsmitteln zu beliefern, so lange bayrische Einheiten in Tirol stationiert waren. (VV, 10.11.18 / 3. La, 20)

Kaum war diese Gefahr gebannt, tat sich Ende November eine neue auf: Es wurden Gerüchte in Umlauf gesetzt, dass das italienische Militär von Westtirol aus Vorarlberg besetzen würde, wie dies auf Grund der Waffenstillstandsmodalitäten legitim war. (Rainer, 77) Die Landesregierung reagierte umgehend und sandte eine Delegation an die «Grenze» am Arlberg, die von bewaffneten Einheiten der Volkswehr bewacht wurde. Die Volkswehr legte jedoch ihre Waffen nieder, um nicht etwa einen militärischen Konflikt mit italienischen Einheiten zu provozieren, die bis zum Arlberg vorgestossen waren. (Rainer, 79) Die Verhandlungen der Vorarlberger Delegation mit dem italienischen Militärkommando in Landeck verliefen jedoch positiv: Vorarlberg werde nicht besetzt, hiess es am 27. November beruhigend. (VLZ, 26./27.11.18)

Die Volksbewegung für den Anschluss an die Schweiz

Zu Kriegsende 1918 gab es in Vorarlberg zwar Sympathieäusserungen für die Schweizer Neutralität, an einen territorialen Anschluss an die Schweiz dachten jedoch nur wenige. (Wanner 1999, 13) Dies änderte sich schlagartig mit dem Zusammenbruch der K.u.K.-Monarchie, der Ausrufung der Republik «Deutschösterreich» und der Selbstständigkeitserklärung Vorarlbergs am 3. November 1918. Erst als sich seit dem 13. November erfolgreiche private Werbeversammlungen für einen Anschluss an die Schweiz nicht mehr ignorieren liessen, nahm das Sprachrohr der Christlichsozialen Volkspartei, das «Vorarlberger Volksblatt», dazu



Der Bündner Bundesrat Felix Calonder trat für den Beitritt Vorarlbergs zur Schweiz ein.

Stellung. Ein staatlicher Anschluss an die Schweiz wurde vorerst abgelehnt, stattdessen plädierte man für einen «Zollanschluss» nach dem Muster Liechtensteins. (VV, 22./28.11.18)

Die sozialdemokratischen Parteispitzen waren nach anfänglichem Wohlgefallen für einen Anschluss an die Schweiz bald strikte dagegen und votierten, wie ihre Wiener Genossen, für Deutschland. Die Parteielite stützte sich dabei auf eine «Entschliessung» einer 400 Personen starken Eisenbahnerversammlung, die am 27. November in Feldkirch stattfand, und die sowohl die Hinwendung zur Schweiz als auch eine «selbständige Alpenrepublik» (Vorarlberg) kategorisch ablehnte. (VW, 27.11.18). Argumentiert wurde damit, dass sich die deutschösterreichische Bundesregierung für Deutschland ausgesprochen habe und die Schweiz ausserdem ein «Nationalitätenstaat» sei. Mit einem solchen habe man schon in Zeiten der Monarchie schlechte Erfahrungen gemacht. Entscheidend für die Ablehnung der Vorarlberger Sozialdemokraten war aber wohl das scharfe Vorgehen der Berner Regierung gegen die sozialistische Arbeiterschaft im Zusammenhang mit dem landesweiten Arbeiterstreik. Im Gegensatz dazu war jedoch ein Grossteil der sozialdemokratischen Anhänger aus wirtschaft-

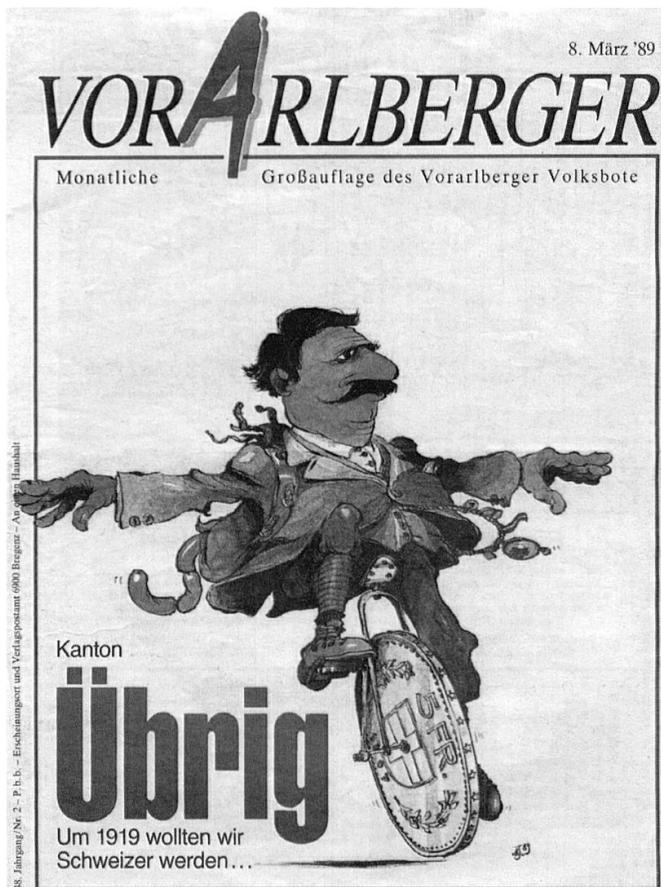
lichen Gründen für einen Anschluss an die Schweiz! Die Unterschichten erwartete eine Hungersnot. (Witzig, 196 f)

Entgegen der immer stärker werdenden Volksbewegung für einen Schweizer Anschluss lehnten einen solchen auch die Grossdeutschen (Deutschnationale, Deutschfreisinnige) ab. Hinter dieser kleinen Partei standen vor allem die mächtigen Vertreter von Industrie und Handel, die im grossen deutschen Wirtschaftsraum weit bessere Geschäftsmöglichkeiten sahen als in der von Schutzzöllen isolierten Schweiz, die ausserdem eine konkurrenzstarke Textilindustrie aufwies. (Witzig, 179–181)

Dass eine grosse Kluft zwischen den herrschenden Wirtschafts- und Politikereliten und dem «Volkswillen» vorhanden war, bewiesen zwei Plebiszite: Am 19. Dezember 1918 wurde von den drei Vorarlberger Grenzgemeinden im Rheintal zur Schweiz, in Höchst, Fussach und Gaissau, gemeldet, dass sich deren Einwohner (Stimmberechtigte) zu 98% für einen Anschluss an die Schweiz ausgesprochen hatten. Und am 29. Jänner 1919 legte der Führer der Anschlussbefürworter, Ferdinand Riedmann aus Lustenau, sein landumfassendes Unterschriftenergebnis vor: Rund 71% der Vorarlberger Wähler hatten sich für die Schweiz ausgesprochen. (Bilgeri, 40) Nun sah sich die abwartende Landesregierung unter christlichsozialer Führung gezwungen, offizielle Kontakte mit der Schweiz aufzunehmen.

Klerus als «erbärmlichster Kriegshetzer»

Auch in Vorarlberg hatte die katholische Kirche den «gerechten Krieg» begrüsst, Fahnen, Waffen und die ausrückenden Soldaten gesegnet. Für den Kaiser und die Monarchie zeichnete sie grosszügige Kriegsanleihen und für die Not leidende Zivilbevölkerung und die Frontsoldaten zeigte sie grosses karitatives Engagement. (Schallert, 147–153) Selbst als der Untergang der Monarchie in Sicht war und Vorarlberg sich als selbstständiger Staat deklariert hatte, hielt der Vorarlberger Weihbischof Sigismund Waitz treu zur Monarchie. Seine diesbezügliche Predigt in Feldkirch sollte von allen Kanzeln Vorarlbergs verlesen werden: «Und würde nun aus Österreich-Ungarn eine Republik, dann würde vieles, vieles zerstört werden, was zum Segen gereichte.» (VV, 10.11.19) Diese klare Einstellung zur Monarchie ging jedoch dem im Landtag vertretenen christlichsozialen Geistlichen und Dekan, Barnabas Fink, zu weit. Er verbot ganz einfach das Verlesen der Predigt in den Kirchen Vorarlbergs. (Bilgeri, 18)



Titelbild des Vorarlberger Volksboten vom März 1989 mit einem humoristischen Rückblick auf die Schweizer Anschlussbestrebungen Vorarlbergs 1919.

Die Sozialdemokraten liessen sich dadurch jedoch nicht beruhigen und starteten in ihrer Parteizeitung, der «Vorarlberger Wacht», heftige Angriffe gegen den Klerus: Er sei der «erbärmlichste Kriegshetzer gewesen», habe es nicht erwarten können, bis das «arme Volk auf das Schlachtfeld geführt» worden sei, er sei mitschuldig an den fürchterlichen Verbrechen des Krieges und sei die getreueste Stütze des reaktionären Kaisers gewesen. (VW, 19.11.18)

Rascher Gesinnungswandel der Christlichsozialen

Die christlichsoziale Partei Vorarlbergs hatte sich in diese Polemik um eine neue Staatsform öffentlich kaum eingemischt, war sie doch selbst in ihren Ansichten gespalten. Zwar äusserte sie schon während des Krieges Kritik am Adel und der bürokratischen Verwaltung, forderte mehr Parlamentarismus und das Selbstbestimmungsrecht der Völker, aber noch im August 1918 bekannte sie sich klar zur Monarchie. (Hammerle, 154–157)

Der Zusammenbruch der Italienfront und die Bildung der ersten deutschösterreichischen Regierung Ende Oktober 1918 führten

jedoch zu einem raschen Gesinnungswandel zugunsten der Republik. Am 13. November bekannte sich die Parteileitung offiziell zur Republik. (VV, 14.11.18) In der 3. Landtagssitzung am 3. Dezember erklärte ihr Abgeordneter Johann Mittelberger vor dem Plenum: «Die christlichsoziale Partei Vorarlberg stellt sich uneingeschränkt auf den Boden der demokratischen Republik.» (3. La, 52) Bereits neun Tage später erschienen ihre umfangreichen und detaillierten «Parteileitsätze». Die Christlichsozialen forderten das gleiche, geheime, allgemeine und direkte Wahlrecht, auch für Frauen (!), ausserdem Volksabstimmungen nach Schweizer Muster, weitgehende staatliche Selbstständigkeit nach dem Vorbild der Schweizer Kantone, volle Sicherung der christlichen Ehe und Familie, Schutz des «deutschen Volkes gegen alle Unmoral, die die Kraft des Volkes zu untergraben droht», und sie verurteilten Militarismus, Bürokratismus «und mit aller Entschiedenheit die Vorherrschaft des Judentums». (Leitsätze, 12.12.1918)

Der Aufstieg der Sozialdemokraten

Die irrationale Kriegsbegeisterung und die Einschränkung der parteipolitischen Tätigkeiten hatten die sozialdemokratische Partei während des Krieges in eine Existenzkrise geführt. Ihre Bedeutung wuchs, als sie ab dem 3. November 1918 nicht nur mit fünf Mandatären im Landtag (Parlament), sondern mit zwei Mitgliedern auch in der Landesregierung vertreten waren. (VW, 8.11.18) Zusätzlich übernahm ihr Spitzopolitiker und Landeshauptmannstellvertreter Fritz Preiss, als Regierungsmitglied für Soziales zuständig, die Nahrungsmittelverhandlungen mit der Schweiz, den Vorsitz in der Industriellen Bezirkskommission und die Stellvertreterfunktion im Wehrausschuss. Sozialpartnerschaft in der Landesregierung und eine moderate Koalitionspolitik waren dadurch begründet worden. Revolutionäre Tendenzen unter den sozialdemokratischen Eliten gab es daher keine. Sie hatten dem Kommunismus und einer Räterepublik abgeschworen. (Wanner, 1983, 104)

Sie konnten mit Recht darauf hinweisen, dass sie stets gegen den Krieg und die Monarchie gewesen waren, welche die Menschen in Not und Elend gestürzt hätten. Wogegen sich die Partei jedoch immer wieder zu verteidigen hatte, war die Warnung der Christlichsozialen, dass «*wenn die Sozi ans Ruder kommen, diese den Bauern Felder, Viehstand und alles wegnehmen*». (VW, 28.11.18)

Freisinnige für den «deutschen Volksstaat»

Die Grossdeutschen oder Deutschfreisinnigen, die sich in den 90er-Jahren des 19. Jahrhunderts von der liberalen Partei abgespalten hatten (Weitensfelder, 137 f), waren am Ende der Monarchie eine schwache und nur schlecht organisierte Gruppierung, die während des Krieges kaum Aktivitäten zu entfalten vermochte. Zeigten sie sich noch im August 1918 als treue Anhänger des Kaiserhauses, wandelte sich ihre Einstellung Mitte Oktober schlagartig: Sie schworen dem «Gottesgnadentum» und selbst einer konstitutionellen Monarchie ab und strebten einen republikanischen Kurs an. (Nachbauer, 169) Gleichzeitig begannen sie sich von Dornbirn aus zu organisieren und schufen eine einheitliche Parteiorganisation. Am 15. Dezember 1918 beschlossen sie ihr Parteiprogramm. Sie gaben sich antisemitisch, waren für eine klare Trennung von Kirche und Staat, forderten die Verstaatlichung des gesamten Schul- und Bildungswesens und die Gleichheit von Mann und Frau. Abgesehen vom Antisemitismus verfolgten sie somit ähnliche Ziele wie die Sozialdemokraten und erhofften sich mit diesen im Landtag ein starkes Gegengewicht gegen die Christlichsozialen. Die Zukunft sahen sie im Aufbau eines «deutschen Volksstaates» und dementsprechend in einem Anschluss an «Schwaben» bzw. Deutschland. Im Landtag besass die «Akademiker- und Fabrikantenpartei» ein Fünftel der Stimmen. (3. La, 48 f / Vogel, 5–25)

Kraut und Rüben für die Arbeiter

Vorarlberg zählte zu Kriegsende rund 130 000 Einwohner. Davon gehörten 40% der Berufsgruppe Industrie und Gewerbe an. Diese bestand überwiegend aus der lohnabhängigen Textilarbeiterschaft. Ihre soziale Lage war schlecht. Auch während des Krieges blieben ihre Löhne niedrig, sodass sie teilweise auf die Versorgung durch «öffentliche Kriegsküchen» angewiesen war und sie bei Kriegsende sogar «Hungerstreiks» inszenierte. (Böhler 2005, 36 f) Die tägliche Arbeitszeit betrug zehn Stunden, einen freien Samstag gab es nicht. (Volaučník 1989, 87, 88) Ihr grösstes Problem war die Ernährung: 15 bis 20 dkg Fleisch während der Woche waren die Regel. Angesichts der knappen Brot- und Mehrlrationen auf Lebensmittelkarten mussten Arbeiterfamilien daher «zur Kraut- und Rübenkost greifen, ohne Beigabe von Mehl und Fett». (3. La, 23, 28)

Da im Herbst 1918 eine gesicherte Nahrungsmittelversorgung nur mit Hilfe der Schweiz möglich war, ist zu verstehen, warum der überwiegende Teil der Arbeiterschaft, selbst die sozialdemokratisch gesinnte, von allem Anfang an mit einem Anschluss an die Schweiz sympathisierte.

Bauern als Kriegsgewinner

Von grosser gesellschaftspolitischer wie auch wirtschaftlicher Bedeutung war in Vorarlberg trotz dessen hohem Industrialisierungsgrad immer noch die bäuerliche Klasse. Unter allen Hauptberufsgruppen betrug ihr Anteil 1918 mit etwa 26 000 Personen rund 31%, ihr Anteil an der Bevölkerung machte etwa 28% aus, 41% aller Familien gehörte zu dieser Berufsgruppe.

Wenn auch Vorarlbergs Landwirte nur für wenige Wochen in der Lage waren, die Bevölkerung Vorarlbergs zu ernähren, kam ihnen doch eine zentrale Bedeutung zu. Sie gehörten grossteils dem christlichsozialen Lager an und damit der Regierungspartei, die wiederum mit ihnen nicht selten in Konflikt geriet, hatte sie doch die bei den Bauern höchst unbeliebte Zwangsbewirtschaftung durchgeführt und Niedrigpreise verordnet. Aus diesem Grund kamen Bauern, vor allem wenn sie Selbstversorger waren, häufig ihren Ablieferungspflichten nicht nach.

Wenn es in Vorarlberg so etwas wie «Kriegsgewinner» gab, dann finden wir diese unter den Bauern. Der deutschfreisinnige Nationalrat und Landtagsabgeordnete Ferdinand Kinz dazu: *«Der Bauernstand ist in materieller Hinsicht besser aus dem Krieg hervorgegangen. Es liegt mir ferne, dem Bauernstande entgegenzutreten, aber es genügt ein Blick in die Grundbücher, Raiffeisen- und Sparkassen, um diese Tatsache zu sehen. Diese Entschuldung der Bauerngüter ist sehr erfreulich und wirtschaftlich sehr gesund [...] aber ich glaube auch vom Bauernstand ein Entgegenkommen nach dieser Richtung hin verlangen zu dürfen (Festsetzung von Milchpreisen), dass er den berechtigten Wünschen der Konsumenten Rechnung trägt.»* (3. La, 27)

Frauen ohne politisches Bewusstsein

Die Lage der Frauen war während des Krieges eine ausserordentlich schwierige: Sie übernahmen einen Grossteil der volkswirtschaftlichen Arbeiten in Landwirtschaft und Industrie, da die

meisten Männer Kriegsdienst leisteten. Ihr Anteil an den Berufstätigen betrug mindestens 35% und stieg während des Krieges in einigen Branchen, vor allem in der Textil- und Rüstungsindustrie, auf über 50%. Dabei waren ihre Stundenlöhne extrem niedrig: 2–3 Kronen täglich waren keine Seltenheit, das reichte nicht für die Ernährung. (Ebenhoch 1989, 190, 194)

Ihre Rolle änderte sich überraschend, als sie mit der Ausrufung der Republik das passive und aktive Wahlrecht erhielten. Der überwiegende Teil der Frauen besass jedoch kein politisches Bewusstsein und war an einer politischen Mitsprache auch nicht interessiert. Ihre traditionellen Frauenrollen verteidigten nicht nur die katholische Kirche, sondern auch die christlichsoziale und vorerst auch die grossdeutsche Partei. (Ebenhoch 1986, 18 f) Die einzige Organisation, die sich für politische Frauenarbeit einsetzte, war die sozialdemokratische Partei. Während die Christlichsozialen ihre in katholischen Vereinen zahlreich organisierten Frauen vor allem für soziale Aktivitäten mobilisierten, (VV, 13., 17.11.18) traten sozialdemokratischen Frauen auch auf Parteiversammlungen auf.

«Dunkle Mächte» in der Schule

Der Krieg hatte auch die Rollen der Jugend gewandelt. Das bewiesen unter anderem die Statistiken des Jugend-Fürsorge-Vereins: Vom Jahr 1916 auf das Jahr 1917 gab es einen Zuwachs von 1095 Fürsorgefällen, und 199 Kinder mussten in Fürsorgeanstalten überwiesen werden; in 617 Fällen wurde die Fürsorgemassregel der «verschärften Aufsicht» in Anwendung gebracht. (VV, 17.11.18)

Man stellte sich die Frage nach den Schuldigen der zunehmenden Verwahrlosung und Disziplinlosigkeit von Kindern und Jugendlichen und fand die Ursachen bei den Lehrern und den schlechten Schulverhältnissen, was sicherlich teilweise berechtigt war: Die meisten Lehrer waren eingerückt und die an ihre Stelle tretenden geistlichen Schulschwestern waren überfordert. Man führte Halbtagsunterricht durch, es gab in bäuerlichen Regionen grosszügige Schulbesuchserleichterungen, Klassen waren überfüllt und die Kinder unterernährt. (VV, 3.12.18) Für das christlichsoziale «Volksblatt» lag der Hauptgrund für die Probleme in den Pflichtschulen tiefer: «*Gewisse dunkle Mächte planen nicht nur ein Attentat auf die christliche Ehe, sondern vor allem auf den christlichen Geist unserer Schule*

le! Halte also, christliches Volk Vorarlberg, deine Augen offen und unterstütze jene, die dir Glaube und gute Sitte deiner Kinder schützen helfen, und mache dich nicht durch Ungerechtigkeiten zum Totengräber der christlichen Schule.» (VV, 3.12.18) Die «dunklen Mächte» «fand» man bei Juden, Sozialdemokraten und Deutschfreisinnigen mit ihren aufgeklärten und liberalen Ideen zum Schul- und Erziehungssystem.

Massiver Antijudaismus

Um von den wirklich Mitverantwortlichen des Weltkrieges abzulenken, vor allem von der kaiserlichen Regierung und der sie unterstützenden katholischen Kirche, erfanden die Christlichsozialen in Vorarlberg zwei Feindbilder und Sündenböcke – die Juden und die hohen Offiziere. Der Antijudaismus war in Vorarlberg freilich nichts Neues. Er hatte sich schon seit den 80er-Jahren des 19. Jahrhunderts entwickelt. Die Christlichsozialen verbreiteten ihn im Zusammenhang mit dem angeprangerten liberalen Kapitalismus, den sie vehement bekämpften. (Weitensfelder, 90–93)

Dieser Antijudaismus war freilich ein solcher fast ohne Juden im Land Vorarlberg: Die jüdische Kultusgemeinde in Hohenems zählte nur noch wenige Mitglieder, und die Fabriken der jüdischen Familie Rosenthal waren 1916 verkauft worden. (Dreier 1988, 164–166) Eine Ausnahme war Feldkirch: Hier befand sich während des Krieges die im Westen der Monarchie wichtigste Zensurstelle der gesamten Brief- und Paketpost über die Schweiz nach West- und Südeuropa. Diese war in der Mädchenschule der Kreuzschwestern St. Josef untergebracht, die als «Judenburg» bezeichnet wurde. Auf diesem bevorzugten «Hinterlandsposten» mit eigener guter Verpflegung und vielen Privilegien hielten sich an die 50 Offiziere und 500 Mannschaftspersonen auf, darunter Spione, Drückeberger, «Geschäftsleute» und eben auch «die ungeliebten Juden». (Wanner 2008, 89/Wolf, 37 f)

Im November 1918 häuften sich im christlichsozialen «Vorarlberger Volksblatt» die antisemitischen Äusserungen, wiederholt auch auf den Titelseiten. Fasst man die Feststellungen und Vorwürfe zusammen, lassen sich diese auf folgenden Nenner bringen: Die Sozialdemokratie sei mit Judentum identisch, beide strebten die «Vielweiberei» an. Juden seien die «Verderber des Staatseigentums», die wahren Kriegsgewinner und die Schuldigen am militärischen Zusammenbruch. Ihre Machthaber in den Zentralen hätten die «*arische Bevölkerung vor allem in den deutschen*

Alpenländern bis aufs Blut ausgesogen». Was das «Vorarlberger Volk» ablehne, sei ihre «Autokratie und die Vorherrschaft» in der Wiener Bundesregierung. Nun suchten sie ihren «Mammon» durch «Revolutionsverdienste» in Sicherheit zu bringen. Nicht der Kaiser stünde dem neuen Staat (Republik) im Wege. Wolle man nicht dessen baldigen Zerfall in Kauf nehmen, müsse mit dem «*volksfremden, frechen und aufdringlichen Judenregiment Schluss gemacht*» werden. Die Parole «Los von Wien» sei daher verständlich, und Vorarlberg müsse eine möglichst grosse Selbstständigkeit erlangen. (VV. 23., 29., 30. 11. 1918/Dreier 1988, 163–171)

Die Grossdeutschen unterschieden sich von den Christlichsozialen mit ihren Vorurteilen und Schmähungen nur dadurch, dass sie als die noch konsequenteren Antijudaisten und vor allem als Rassisten auftraten. Die aufgeklärten Vorarlberger Sozialdemokraten waren nicht in der Lage, die Angriffe gegen das angeblich «rote jüdisch-bolschewistische Wien» zurückzuweisen und gegen diese Hetzkampagnen etwas zu unternehmen. Zu sehr fürchteten sie, Sympathien und Wählerstimmen zu verlieren. (Dreier 1988, 175)

Strafen für Offiziere

Das zweite Feindbild der meisten Vorarlberger waren die hohen Offiziere, im «Vorarlberger Volksblatt» auch «Goldkrägen» genannt. Ihnen warf man vor, sich während des Krieges in der Etappe «in Damengesellschaft, grossartiger Verpflegung, Quartier und Sicherheit» vergnügt zu haben, während die Mannschaften an der Front darbten und starben. (VV, 20.11.18) Nicht genug damit, hätten sie in Südtirol feige und egoistisch vor den anrückenden italienischen Truppen die Front verlassen und damit diesen unermessliche Beute überlassen. Dadurch seien Tausende von Kaiserjägern und Kaiserschützen führungslos in Gefangenschaft geraten. Eine «Stimme aus dem Volk» forderte, dass diesen «Herren» Gehalt und Pension gestrichen würden, ihre Namen sollten veröffentlicht und die Schuldigen bestraft werden. (VV, 17.11.18) Die Empörung im Land ging so weit, dass «eine Art Offiziersverfolgung» einsetzte und das «Vorarlberger Volksblatt» beruhigen musste: Man möge doch zwischen den hohen und niederen Offizieren unterscheiden, letztere hätten durch Jahre hindurch ihre Pflicht erfüllt. (VV, 17.11.18)

Arbeitslosigkeit und Energieknappheit

Der wichtigste Produktionsfaktor Vorarlbergs war vor dem Ersten Weltkrieg die Baumwollindustrie und das Stickereigewerbe. Die von den Briten 1915 verhängte Einfuhrsperrre von Baumwolle führte zu einem raschen Niedergang der Textilindustrie, zu Kurzarbeit und sogar zu zahlreichen Firmenschliessungen.

Ein weiteres gravierendes Problem ergab sich für das Gewerbe im Finanzbereich, da die Banken Kredite einschränkten, kündigten und einen hohen Zinssatz einführten. Geld war auch deshalb knapp geworden, weil Sparer dieses von ihren Konten abhoben und zu Hause horteten, vor allem die im Umlauf befindlichen Gold- und Silbermünzen. (Volaucnik 1989, 79–82) Das Land Vorarlberg sah sich daher gezwungen, Anfang November 1918 «Notgeld» zu drucken und herauszugeben, da auch die Zulieferung von Kronen aus Wien vorerst nicht möglich war. Als Folge des Bargeldmangels und vor allem weil in Vorarlberg bargeldloser Zahlungsverkehr noch kaum üblich war, konnten grössere Lohnauszahlungen und Sozialbeihilfen nicht mehr getätigter werden.

Auf dem Arbeitsmarkt herrschte während des Krieges Mangel, der auch durch vermehrte Frauenarbeit und den Einsatz von Kriegsgefangenen kaum kompensiert werden konnte. Männer waren an der Front oder wurden für den Bau von BefestigungsWerken, Bahn- und Strassenbauten und für die Rüstungsindustrie herangezogen. Das überraschend schnelle Kriegsende brachte eine Wende: Von den Fronten kehrten Tausende zurück, die Rüstungsbetriebe stellten die Produktion ein, die Textilindustrie und das Gewerbe litten unter Rohstoff- und Kohlenmangel, dazu kamen die Gebrechen, Krankheiten und Körperschwächen vieler Soldaten, die kaum in den Arbeitsprozess eingegliedert werden konnten. Um die Arbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen, wurde im November 1918 die «Industrielle Bezirkskommission» ins Leben gerufen, als Aufsichtsbehörde über die gesamte Arbeitslosenfürsorge. Um die Jahreswende 1918/19 traf die Arbeitslosigkeit in Industrie, Gewerbe und Stickerei an die 10 000 Personen und betrug somit an die 25–30%! (Wolf, 110–113)

Ein grosses Problem stellte die Energieversorgung dar. Es ging dabei vor allem um den Kohlenmangel. Elektroenergie war genügend vorhanden, weil es gewerbliche Kleinkraftwerke gab, die privaten Haushalte kaum Strom benötigten und die Industrieproduktion gering war. Kohle wurde hauptsächlich für Wärmeenergie in den Haushalten und für den Eisenbahnbetrieb benötigt. Da es seit 1917 immer wieder zu Lieferungseinschränkungen aus



Vorarlberger Notgeld aus dem Jahr 1919.



Deutschland und Österreich kam, wurden in einigen Gemeinden Kohlenbezugskarten ausgegeben, der Braunkohlenbergbau bei Bregenz und im Rheintal vor allem der Abbau von Torf in grossem Massstab betrieben. (Kirisits Thomas, 116–118)

Ruhe und Ordnung durch sichere Ernährung

Vorarlbergs Bauern waren schon vor dem Ersten Weltkrieg nicht in der Lage, das Land zu ernähren. Nach Kriegsausbruch kam erschwerend dazu, dass weder von privater noch staatlicher Seite eine Bevorratungspolitik betrieben worden war. Es stellte sich bei

der nichtbäuerlichen Bevölkerung daher schon bald Nahrungsmittelknappheit ein, jedoch häufig nicht wegen des fehlenden Angebotes, sondern wegen der enorm gestiegenen Lebensmittelpreise. Sie belasteten vor allem die Fabriksarbeite rschaft. Das Land griff daher schon bald zu Bewirtschaftungsmassnahmen, die seit 1915 von der «Kriegsgetreideverkehrsanstalt» gelenkt wurden. Die grössten Versorgungsprobleme bestanden bei der Beschaffung von Getreide, Mehl, Brot und Milch. Um diese Mängel einzudämmen, wurden Bezugskarten eingeführt, und es kam zu Rationierungen aber auch zu Qualitätsminderungen der Produkte. (Kirisits Stefan, 98–102) Der Nahrungsmittel mangel führte im Sommer 1918 schliesslich zu Demonstrationen und Streiks der Fabriksarbeiter. (Bundschuh, 36)

Die Verhältnisse wurden im Herbst 1918 nach dem Zusammenbruch der Monarchie noch viel schlimmer, da die Nahrungsmittelzufuhr aus Ostösterreich und Deutschland fast zur Gänze aufhörte. Die Vorarlberger Ernte des Jahres 1918 reichte bei der 130 000 Einwohner zählenden Bevölkerung des Landes nur für 33 Tage. (3. La, 15) Es ist daher kein Zufall, dass am selben Tag der Vorarlberger Unabhängigkeitserklärung, am 3. November, der Landtag einen Ernährungsausschuss einsetzte und der sich konstituierende Landtag es als seine wichtigste Aufgabe ansah, «die Ernährung unseres Volkes zu sichern», wohl wissend, dass damit die Aufrechterhaltung von «Ordnung und Ruhe» verknüpft war. (Wolf, 15)

Am Rande einer Hungersnot

Der Mangel an Mehl erwies sich Mitte November 1918 als katastrophal: Weder von Wien, noch von Deutschland waren Mehllieferungen zu erwarten, doch für die vierzehntägige Versorgung der Bevölkerung benötigte man die Zufuhr von 44 Eisenbahnwaggons. Die Lage verschlommerte sich, als zusätzlich 20 000 Soldaten heimkehrten. Die einzige «Lösung» war die schmerzliche Kürzung der Bezüge auf den Brotkarten um 40% und die Kontakt aufnahme mit der Schweiz um Nahrungsmittellieferungen. (2. La, 9) Anfang Dezember 1918 hatte sich die Lage etwas entspannt, als Mehllieferungen gegen Bezahlung und Warenkompensation aus der Schweiz, und wesentlich billiger aus Deutschland einlangten. (3. La, 15 f)

Neben Brot war das zweite Hauptnahrungsmittel die Kartoffel. Aber auch mit diesem Nahrungsmittel stand es äusserst schlecht.



Aufruf zur Hilfe für die Not leidende Vorarlberger Bevölkerung.

Um ein wenig Abhilfe zu schaffen, hatten die Landesbehörden im Frühjahr 1918 eine Anbaupflicht festgesetzt: Jeder, der Boden zur Verfügung hatte, musste pro Kopf auf einer Fläche von einem Ar Kartoffeln anbauen. Die Massnahme war jedoch ein Misserfolg, dazu kam ein schlechtes Sommerklima. (2. La, 11) Politiker und Private versuchten daher auf eigene Faust zu verhandeln und einzukaufen – in München, Berlin, Braunschweig und im tschechischen Brünn, wo man sogar in Liechtenstein eingekauftes Vieh als Kompensationsware anbot, jedoch vergebens.

Ähnlich schlimm stand es um die Milchversorgung. Für die Milchknappheit gab es einen Hauptgrund: Obwohl im Land ausreichend Milchkühe vorhanden waren, lieferten viele Bauern ihre Milch nur ungern ab, ja, sie verwendeten Milch sogar zum Füttern der Schweine. Der Höchstmilchpreis war nämlich von Seiten der Landesbehörden zu niedrig angesetzt worden, da man Rücksicht vor allem auf die Industriearbeiterschaft zu nehmen hatte, welche den freien Marktpreis von einer Krone pro Liter nicht bezahlen konnte; der Tageslohn einer Fabrikarbeiterin betrug 3–4 Kronen. Dennoch entschloss sich die Landesregierung Anfang Dezember 1918 zu einer «viel Aufsehen erregenden» Milchpreiserhöhung

auf 60 Heller/l, um den Bauern einen Anreiz zum Verkauf zu geben. (2. La, 17, 24/ 3. La, 18)

Schweizer Hilfe mit Bedingungen

Um die Nahrungsmittelversorgung sicherzustellen, wandte sich eine Regierungsdelegation bereits am 8. November 1918 an die Schweiz (VVF, 15.11.18). Der sozialdemokratische Landeshauptmannstellvertreter Fritz Preiss erläuterte im Landtag die grundsätzlich positive Einstellung der Schweiz, bei den Alliierten zu vermitteln und Warenvorschüsse aus eigenen Beständen zu liefern, die später von Frankreich ersetzt würden. Die Delegation warnte, dass in Vorarlberg bei Nahrungsmittelangst soziale Unruhen ausbrechen könnten, die man auch deshalb verhindern wolle, weil sie dem Bolschewismus Vorschub leisteten. Aber auch die Schweizer Bevölkerung übte Druck auf die Berner Regierung aus. Es sei die moralische Pflicht der Schweiz, der dem «Hungertod preisgegebenen Bevölkerung Vorarlbergs» zu helfen. (Böhler 1990, 43)

Die Schweiz stellte für ihre Lieferungen klare Bedingungen: Für diese musste bezahlt werden, und zwar mit Valuten (!), die Vorarlberg freilich kaum besass, oder mit Kompensationswaren, wie Holz, Heu, Streue, Pferde und Alteisen ausgedienter Stickmaschinen. Die Lebensmittellieferungen konnten außerdem jederzeit eingestellt bzw. reduziert werden, falls in Vorarlberg Unruhen ausbrächen oder ententefeindliche Truppen einmarschierten. (2. La, 16) Die Lieferungen von Mehl und Brot erfolgten nach den Schweizer «Mittelrationen»: Pro Kopf und Tag waren dies 190 g Mehl und 30 g Reis. Überwacht wurde die Verteilung durch Major Emil Stingelin, Schweizer Stabsoffizier im Instruktionskorps der Verpflegungstruppen. Die Nahrungsmittel stammten aus Schweizer Beständen, die wiederum von der Zulieferung durch die Entente abhängig waren.

Die Basis für diese Regelungen war ein Treffen von konsularischen Vertretern der Entente am 18. November im Landhaus Bregenz mit Landeshauptmann Otto Ender, darunter britische und amerikanische Diplomaten. Wichtig war, dass die USA den Entente-Lieferungen zustimmte. Bereits am 29. November 1918 kam mit dem eidgenössischen Ernährungsamt in Bern die obenstehende Abmachung zustande, die von nun an über Monate die Lebensmittelversorgung Vorarlbergs sicherstellte. (Wolf, 15–18. VV, 19.11.18)

Eine wesentliche Erleichterung der Einfuhren brachte die Zusage des deutschösterreichischen Staatsamtes für Volksernährung,

die Beschaffung von Valuten für die Mehl- und Broteinkäufe zu übernehmen. (Böhler 1990, 46)

Grassierende Krankheiten

Im Herbst 1918 grassierte in Vorarlberg die höchst ansteckende «Spanische Grippe». Sie war von der Schweiz aus im August 1918 nach Vorarlberg eingeschleppt worden. Die Inkubationszeit dauerte maximal zwölf Stunden, der Tod konnte nach drei Tagen eintreten. Anfänglich hielt man die Krankheit für die gefürchtete «Lungenpest». (Wanner 1999, 32) Rund 500 Todesopferfordernd, konnte sie sich nur wegen der schlechten Ernährungsverhältnissen so rasch und allgemein ausbreiten.

Abgesehen von den zahlreichen Krankheits- und Todesfällen wirkte sich die ansteckende Krankheit auch auf den Schulbetrieb negativ aus. Er wurde in vielen Orten um mehrere Wochen verschoben, weil sich Lehrer und Schüler angesteckt hatten. (VV, 5.11.18) Daneben ging die Tuberkulose um, die mit Sterblichkeitsraten bis zu 16% nach Wien in Vorarlberg ein Rekordergebnis aufwies. (Dreier 1986, 87) Gewarnt wurde auch vor der durch Kriegsheimkehrer eingeschleppten Läuseplage, die Flecktyphus hervorrufen konnte. (VV, 17.11.18)

1919, das Jahr der Entscheidungen

Das zentrale Thema des Jahres 1919 war der von der Mehrheit der Vorarlberger gewünschte rasche Anschluss an die Schweiz. Nach einer überwältigenden proschweizerischen Volksabstimmung am 11. Mai fühlte sich die deutschfreundliche Landesregierung verpflichtet, mit der Schweiz Verhandlungen aufzunehmen. Diese führten jedoch zu keinem Ergebnis, und ausserdem legte der Friedensvertrag von Saint Germain mit den alliierten Siegermächten in Paris am 10. September 1919 die Vorarlberger Rheingrenze als österreichische Staatsgrenze fest. Ein gewünschter «Putsch» gegenüber Österreich wurde von der Landesregierung abgelehnt. Dennoch blieb die Schweiz für Viele das «gelobte Land». Es entwickelte sich kaum eine «Österreichidentität», zumal die wirtschaftlichen Verhältnisse triste waren und selbst die österreichische Bundesregierung nicht an ihren eigenen Staat glaubte, den sie für «lebensunfähig» hielt. Vorarlberg verlor zusätzlich sein südliches «Hinterland», als das Fürstentum Liechtenstein im Au-

gust 1919 den Zollvertrag mit Österreich kündigte und daher eine neue Südgrenze entstand. All diese negativen Ereignisse stärkten die konservative christlichsoziale Volkspartei, die aus Wahlen mit absoluter Mehrheit hervorging und für fast zwei Jahrzehnte das kulturelle und soziale Leben prägte, bis Vorarlberg im März 1938 an Nazi-Deutschland angegliedert wurde: Zur grossen Freude vieler Vorarlberger!

Der vorliegende Beitrag ist die überarbeitete Fassung eines Referats, das der Verfasser auf Einladung des Vereins für Bündner Kulturforschung vbk und der Historischen Gesellschaft von Graubünden HGG am 29. November 2008 im Rahmen einer Tagung zum Thema «November 1918. Krise und neue Wege» in Chur gehalten hat.

Gerhard Wanner hat Geologie, Geographie, Geschichte und Kunstgeschichte studiert. Unterrichtstätigkeiten an der Pädagogischen Hochschule Feldkirch und den Universitäten in Innsbruck und Ekaterinburg (Russland). Derzeitige Hauptlehrtätigkeit Universität Pécs (Fünfkirchen) in Ungarn.

Adresse des Autors: Univ.-Prof. Mag. Dr. Gerhard Wanner, Postfach 177, A-6800 Feldkirch

Abkürzungen

- FA Feldkircher Anzeiger (grossdeutsch)
- La Vorarlberger Landtag, Stenographische Sitzungsberichte
- VLZ Vorarlberger Landeszeitung
- VV Vorarlberger Volksblatt (christlichsozial)
- VVF Vorarlberger Volksfreund (grossdeutsch)
- VW Vorarlberger Wacht (sozialdemokratisch)

Literatur

Bilgeri, Benedikt: Geschichte Vorarlbergs V. Kanton oder Bundesland. Untergang und Wiederkehr. Wien 1987.

Böhler, Ingrid: Die schweizerische Wirtschaftshilfe an Vorarlberg 1918–1921. In: Arbeitskreis für Regionale Geschichte (Hg.): «Eidgenossen helft euern Brüdern in der Not!» Vorarlbergs Beziehungen zu seinen Nachbarstaaten 1918–1922. Feldkirch 1990. S. 41–54.

Böhler, Ingrid: Dornbirn in Kriegen und Krisen 1914–1945. Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 23. Innsbruck 2005.

Bundschuh, Werner: Der rote Punkt im schwarzen Meer. Zur Geschichte der Sozialdemokratie in Dornbirn. Bregenz 2004.

Dreier, Werner: Zwischen Kaiser und «Führer». Vorarlberg im Umbruch 1918–1938. Beiträge zu Geschichte und Gesellschaft Vorarlbergs 6. Bregenz 1986.

Dreier Werner: «Rücksichtslos und mit aller Kraft». Antisemitismus in Vorarlberg 1880–1945. In: Dreier, Werner (Hg.): Antisemitismus in Vorarlberg. Studien zur Geschichte und Gesellschaft Vorarlbergs 4. Bregenz 1988.

Ebenhoch, Ulrike: Die Stellung der Frau in der Geschichte Vorarlbergs 1914–1933. Vorarlberg in Geschichte und Gegenwart 3. Dornbirn 1986.

Ebenhoch, Ulrike: Arbeit und Rolle der Frau. In: Wanner, Gerhard (Hg.): 1914–1918. Vorarlberg und der Erste Weltkrieg. Quellen und Darstellung. Dornbirn 1989. S. 189–194.

- Hammerle, Johannes: Christlichsoziale. In: Wanner, Gerhard (Hg.): 1914–1918. Vorarlberg und der Erste Weltkrieg. Quellen und Darstellung. Dornbirn 1989. S. 156 f.
- Huebmer, Hans: Dr. Otto Ender. Dornbirn 1957.
- Kirisits, Stefan: Lebensmittelversorgung. In: Wanner, Gerhard (Hg.): 1914–1918. Vorarlberg und der Erste Weltkrieg. Quellen und Darstellung. Dornbirn 1989. S. 98–104.
- Kirisits, Thomas: Energieversorgung. In: Wanner, Gerhard (Hg.): 1914–1918. Vorarlberg und der Erste Weltkrieg. Quellen und Darstellung. Dornbirn 1989. S. 116–119.
- Leitsätze der christlichsozialen Volkspartei Vorarlbergs. Bregenz (12. 12. 1918).
- Nachbauer, Uli: Deutschnationale. In: Wanner, Gerhard (Hg.): 1914–1918. Vorarlberger und der Erste Weltkrieg. Quellen und Darstellung. Dornbirn 1989. S. 165–173.
- Natter, Tobias (Hg.): «Kanton Übrig». Als Vorarlberg zur Schweiz gehören wollte. Ausstellungskatalog. Vorarlberger Landesmuseum. Bregenz 2008.
- Rainer, Johann: Die italienische Besatzung in Österreich. 1918–1920. In: Innsbrucker Historische Studien 2, Innsbruck 1979. S. 77–90.
- Schallert, Elmar: Katholische Kirche. In: Wanner, Gerhard (Hg.): 1914–1918. Vorarlberg und der Erste Weltkrieg. Quellen und Darstellung. Dornbirn 1989. S. 147–153.
- Vogel, Bernd: Die «Blauen» in der Zwischenkriegszeit. Die Grossdeutsche Volkspartei in Vorarlberg. Veröffentlichungen des Ludwig Boltzmann Instituts für sozialwissenschaftliche Regionalforschung 4. Regensburg 2004.
- Volaucnik, Christoph: Volkswehr und Bundesheer in Vorarlberg 1918–1938. In: Montfort 2/3, 1985. S. 147–187.
- Volaucnik, Christoph: Militärische Situation in Vorarlberg. In: Wanner, Gerhard (Hg.): 1914–1918. Vorarlberg und der Erste Weltkrieg. Quellen und Darstellung. Dornbirn 1989. S. 50–55.
- Volaucnik, Christoph: Industrie und Gewerbe. In: Wanner, Gerhard (Hg.): 1914–1918. Vorarlberg und der Erste Weltkrieg. Quellen und Darstellung. Dornbirn 1989. S. 79–86.
- Vorarlberger Landtag, Stenographische Sitzungsberichte 1918, Sitzungen 1–3 der provisorischen Vorarlberger Landesversammlung: 1. Sitzung am 3. November. 2. Sitzung am 9. November. 3. Sitzung am 3. Dezember 1918.
- Wanner, Gerhard: Die Auswirkungen der Kündigung des österreichisch-liechtensteinischen Zollvertrages auf die vorarlbergisch-liechtensteinischen Beziehungen zwischen 1919 und 1924. In: Jahrbuch des Historischen Vereins für das Fürstentum Liechtenstein 73 (1973) S. 63–109.
- Wanner, Gerhard: Vorarlberg zwischen «Schweizer Hoffnung», Hungersnot und «Bolschewistenfurcht» (1918/19). In: Österreichische Forschungsgemeinschaft (Hg.): Studien zur Zeitgeschichte der österreichischen Länder 1. Demokratisierung und Verfassung in den Ländern 1918–1920. St. Pölten 1983. S. 91–117.
- Wanner, Gerhard: Vorarlbergs Beziehungen zur Schweiz während des Ersten Weltkrieges. In: Allgäuer, Robert: Grenzraum Alpenrhein. Brücken und Barrieren 1914–1938. Zürich 1999. S. 9–37.
- Wanner, Gerhard: Welche Freiheit suchten sie? In: Natter, Tobias (Hg.): «Kanton Übrig». Als Vorarlberg zur Schweiz gehören wollte. Ausstellungskatalog. Vorarlberger Landesmuseum. Bregenz 2008. S. 78–96.
- Weitensfelder, Hubert: «Römlinge» und «Preussenseucher». Konservativ–Christlichsoziale, Liberal–Deutschnationale und der Kulturmampf in Vorarlberg, 1860 bis 1914. Schriftenreihe des Instituts für Österreichkunde. Wien 2008.
- Witzig, Daniel: Die Vorarlberger Frage. Die Vorarlberger Anschlussbewegung an die Schweiz. Basler Beiträge zur Geschichtswissenschaft 132. Basel 1974.
- Wolf, Josef: Das Vorarlberger Kriegsfürsorge-Buch. Feldkirch 1926.